

TOP 3.7.6 Bad Ischler Dialog 2014

Erster Tag des Bad Ischler Dialogs:

1. Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum für Österreich und Europa – Industriepolitik vor dem Hintergrund klima- und energiepolitischer Zielsetzungen

Der Bad Ischler Dialog der Sozialpartner stand diesmal im Zeichen der Diskussion über Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum für Europa und Österreich vor dem Hintergrund klima- und energiepolitischer Zielsetzungen bis 2030. Dieses Thema ist deshalb so aktuell, da beim Europäischen Rat am 23. und 24. Oktober 2014 unter anderem die Klima- und Energieziele der EU bis 2030 auf der Tagesordnung standen.

Die industrielle Basis in Europa stellt eine wesentliche Voraussetzung für sein Wirtschafts- und Sozialmodell dar: Produktionsbetriebe haben eine hohe wirtschaftliche Bedeutung, vor allem in den vergangenen Jahren haben sie viel zur Krisenbewältigung beigetragen. Mit diesen Herausforderungen verbunden ist die zukünftige Sicherstellung der Versorgung mit Rohstoffen für die Produktion und für die Energieerzeugung.

Unbestritten ist, dass eine funktionierende Umwelt und eine Eindämmung der Erderwärmung wichtige Voraussetzungen für die dauerhafte wirtschaftliche Prosperität sind. Das Dilemma der klima- und energiepolitischen Zielsetzungen ist also die Abwägung zwischen kurzfristigen Profiterwartungen und langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten. Dieses Dilemma wird entschärft, wenn weltweit vergleichbar ambitioniert gegen den Klimawandel vorgegangen wird. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass sich alle Staaten gemeinsam zu verbindlichen Zielen bei der Emissionsreduktion verpflichten.

2. Stand der Entwicklungen

Es besteht die Gefahr, dass die klima- und energiepolitischen Ziele, die Österreich im Rahmen der EU-Ziele übernimmt, zu einer wirtschaftlichen Schwächung führen. Besorgt über diese Entwicklung, haben die Sozialpartner gemeinsam mit der Industriellenvereinigung (IV) bereits im März 2014 einen Brief an den Bundeskanzler und an die zuständigen Bundesminister (BMWFW, BMLFUW, BMF) geschrieben, in denen zentrale Forderungen für die Klima- und Energieverhandlungen festgehalten wurden:

- Festlegung von Klimazielen im Einklang mit anderen Wirtschaftsräumen (verkürzt: USA und China müssen sich auch zu Reduktionen verpflichten), da sonst die Wettbewerbsverzerrung zu stark werden kann;
- Schutz der energieintensiven Industrie vor „Carbon Leakage“ (d.h. vor der Gefahr der Abwanderung aus dem Grund zu unterschiedlicher CO₂-Kosten);
- Verpflichtende Ziele für Erneuerbare Energieträger auf Ebene der einzelnen Mitgliedstaaten;
- Festlegung, wie die Emissionsziele auf die Mitgliedstaaten aufgeteilt werden.

Da diese Forderungen bislang auf EU-Ebene kaum berücksichtigt wurden, haben die Sozialpartner gemeinsam mit der IV gleichzeitig mit dem Bad Ischler Dialog den Bundeskanzler und die zuständigen Bundesminister nochmals ersucht, diese Position auf EU-Ebene zu vertreten.

[Derzeit (21.10.) steht das Ergebnis des Europäischen Rates noch nicht fest, wird aber in Kürze zusammengefasst.]

3. Positionen der AK

Im Wesentlichen sind die Forderungen der AK im Sozialpartner-Schreiben abgedeckt. Die AK geht mit der Forderung nach einer verbindlichen Aufteilung des Energieeffizienzziels auf die Mitgliedstaaten über die Forderungen des Briefs hinaus. Der Vorschlag eines Mechanismus zur Anpassung der Ziele an die Wirtschaftslage nach zuvor festgelegten Kriterien findet sich auch nicht im Brief.

Nachdem die Ziele auf EU-Ebene festgelegt worden sind, wird es in den nächsten Jahren darum gehen, die Maßnahmen in der EU und in Österreich umzusetzen, die zu ihrer Erreichung nötig sind. Dabei wird die AK – wie schon bisher – die Berücksichtigung wesentlicher Kriterien einfordern: gesamtwirtschaftliche Optimierung, kosteneffizienter Mitteleinsatz der öffentlichen Hand, Verteilungsgerechtigkeit.

Zweiter Tag des Bad Ischler Dialogs:

1. Wissenschaftliche Einschätzungen zur Sozialpartnerschaft

Der zweite Tag des diesjährigen Bad Ischler Dialogs war der Diskussion über die Bedeutung der österreichischen Sozialpartnerschaft und der Frage, wie das Erfolgsmodell der Sozialpartnerschaft und deren Lösungskompetenz auch in Zukunft sichergestellt werden kann, gewidmet.

Im ersten Panel wurden wissenschaftliche Perspektiven auf die Bedeutung und die Auswirkungen der Sozialpartnerschaft vorgestellt und diskutiert. Friedrich Schneider, Professor für Ökonomie an der Johannes-Kepler-Universität Linz, präsentierte die Ergebnisse einer Studie, die anhand einiger europäischer Länder untersucht, ob es einen Zusammenhang zwischen dem Wirtschaftswachstum und der Intensität von Sozialpartnerschaft gibt. Die Studie macht Annahmen über potenzielle positive und negative Effekte der Sozialpartnerschaft und versucht, diese zu quantifizieren. Insgesamt habe die Sozialpartnerschaft einen positiven Effekt auf das Wirtschaftswachstum, so das Hauptergebnis der Untersuchung.

Eine ähnliche Fragestellung verfolgte eine von Silvia Rocha-Akis präsentierte Studie des WIFO. Diese zeigt anhand von Daten aus 16 westeuropäischen Ländern auf, dass jene Länder mit einem hohen Organisationsgrad der Arbeitgeberverbände und einem hohen Koordinierungsmaß der Gewerkschaften im Durchschnitt bei wesentlichen Kennzahlen tendenziell bessere Ergebnisse erzielen. Die Studie zeigt auch, dass Länder mit hoher sozialpartnerschaftlicher Intensität im Vergleich zu anderen Ländern besser durch die Krise gekommen sind.

Der Beitrag von Emmerich Tálos, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Wien, arbeitete unter anderem den Unterschied zwischen der Sozialpartnerschaft und anderen Formen der Interessenvermittlung heraus. Erstere zeichne sich durch eine grundsätzliche Bereitschaft der involvierten AkteurInnen zum Interessenausgleich und zum Verfolgen gemeinsamer Ziele aus. Prof. Tálos stellte darüber hinaus mehrere mögliche Szenarien zur künftigen Entwicklung der Sozialpartnerschaft in Österreich vor.

2. Perspektiven der Zukunftsgeneration der Sozialpartner

Die Diskussion über künftige Perspektiven für die Sozialpartnerschaft stand darüber hinaus im Zeichen der Ideen der Zukunftsgeneration der Sozialpartner. Im Rahmen einer Paneldiskussion diskutierten VertreterInnen der Zukunftsgeneration der Sozialpartner zuerst mit den erwähnten VertreterInnen der Wissenschaft. Für die AK nahm Kollegin Marina Laux (Abteilung Bildungspolitik) an der Diskussion teil. Kollegin Laux argumentierte, dass verstärkt über die Lebenswelten, die Arbeitsmarktsituation und die Ausbildung von Jugendlichen diskutiert werden müsse, die sich immer mehr unter Druck füh-